

Krenn: Abfertigungsdiskussion stoppen und über betriebliches Pensionsmodell reden

Utl.: Abfertigung "Neu" im Widerspruch zu versprochener Senkung der Lohnnebenkosten =

Wien (PWK398) Ein rasches Ende der Abfertigungsdiskussion hat heute der Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich, RFW-Vize Mattias Krenn gefordert. Anstatt an überholten Systemen herumzubasteln, müsse vielmehr zukunftsorientiert über die Umsetzung der zweiten Säule des Freiheitlichen Pensionsmodells, die betriebliche Pensionsvorsorge, verhandelt werden.

Daß alle bisher erworbenen Ansprüche und Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, wie auch der Entfall der Abfertigung bei Selbstkündigung aufrecht bleiben müßten, stehe außer Frage, betonte Krenn. Mit der Verwirklichung eines neuen Pensionssystems würde das Thema vorzeitiger Auszahlungen für erworbene Ansprüche automatisch obsolet, da die angesparten Beiträge erst mit Erreichen des Pensionsalters in Form einer zweiten Pensionssäule lukriert werden könnten.

Entscheidend sei es, kostenneutrale Übergangsregelungen zu schaffen. Die langjährige freiheitliche Forderung, neue Gesetze und Verordnungen auf ihre Folgekosten für den Gesetzgeber und die Wirtschaft zu überprüfen sowie eine Kosten-Nutzenanalyse anzustellen, müsse selbstverständlich auch bei der Verwirklichung eines neuen Pensionsmodells gelten.

Die jetzt diskutierte Abfertigung "Neu" stehe im krassen Gegensatz zur versprochenen Lohnnebenkostensenkung und stelle eine Abkehr vom im Regierungsübereinkommen festgeschriebenen Wirtschaftsprogramm dar. "Darüber hinaus ist die Abfertigung "Neu" kein Rezept zur Behebung des Fachkräftemangels", so Krenn.

Bei der Umsetzung der betrieblichen Pensionsvorsorge hält Krenn auch eine Senkung der derzeit zur Diskussion stehenden Beitragssätze für überlegenswert. Ein Denkansatz wäre dabei, einen einheitlichen Prozentsatz für die Dauer des gesamten Arbeitslebens einzuzahlen. "Mehrbelastungen für die Unternehmer, vor allem eine für Klein- und Mittelbetriebe nicht verkraftbare Erhöhung der Lohnnebenkosten müssen

auf alle Fälle vermieden werden", so Krenn.

Rückfragehinweis: RFW-Medienservice

Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender
Cornelia Lemmerhofer
Tel.: 0664/103 80 62

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0226 2001-05-29/16:21

291621 Mai 01

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20010529_OTS0226